

Schwerpunktthema: Lobbyismus

- 3 FMH: Interessenvertretung in schwierigem Umfeld
- 5 «Die Parlamentarierinnen und Parlamentarier sind selbst die grössten Lobbyisten»
- 8 Zuckerlobby (I): «Politische Vorstösse für eine Zuckersteuer lehnt der Bundesrat bisher ab»
- 12 Zuckerlobby (II): Was Gene mit Lobbyismus zu tun haben – eine persönliche Einschätzung
- 14 Kriminelles Lobbying und die fast vergessene Opioid-Epidemie
- 16 Stabiles Knie auch ohne Operation nach VKB-Ruptur? Das SKOOP-Forschungsprojekt

Das offizielle Kommunikationsorgan der Ärztegesellschaft Baselland und der Medizinischen Gesellschaft Basel

Die Synapse finden Sie auch unter:
www.synapse-online.ch

Editorial



Liebe Kolleginnen und Kollegen

In dieser Ausgabe der *Synapse* bewegen wir uns in der Wandelhalle, der Lobby, wie dieser Raum in den Parlamenten in englischsprachigen Ländern genannt wird. Lobbyismus ist Interessenvertretung, dient aber auch als Informationsquelle. Gemäss Aussage eines auf dem Gebiet der Korruption international anerkannten Strafrechtlers ist Lobbyismus eine zwangsläufige Konsequenz eines Milizparlaments, da dieses auf Informationen angewiesen ist. Das Problem stellt weniger der Lobbyismus an sich als vielmehr fehlende Transparenz dar. Während sich die offizielle nationale Lobbyistenvereinigung in der Schweiz für mehr Transparenz ausspricht, wird diese vom nationalen Parlament in der Mehrheit abgelehnt. Dabei ginge es nur darum,

gemäss dem Experten, alle Interessenverbindungen als Parlamentarier gegenüber der Wählerschaft, d.h. der Bevölkerung, offenzulegen und nicht einen Teil dieser beispielsweise unter das Anwaltsgeheimnis fallen zu lassen. Das Problem liegt also nicht darin, dass es Lobbyisten und Parlamentarier gibt, sondern vielmehr darin, dass es Parlamentarier gibt, die Parlamentarier und Lobbyist in Personalunion sind und unter anderen auch mehrere nicht deklarierte, opportunistisch sogar widersprüchliche Interessen vertreten. Darunter kann die Glaubwürdigkeit des Parlamentes als Institution leiden. Im Heilmittelbereich gibt es eine Verordnung über Integrität und Transparenz (VITH). Eine «VITP» für das Parlament, die gleiche Massstäbe setzt wie die VITH, wäre in diesem Sinne überfällig.

Lesenswerte Überlegungen zu den Rollen von Legislative, Exekutive und Judikative wie auch zur vierten Gewalt im Staat, den (Massen-)Medien und der Administration, finden sich ebenfalls in dieser Nummer. Auch das Wechselspiel zwischen Exekutive und Administration verdient Beachtung. Die Administration sollte in erster Linie einer faktenbasierten Sachlichkeit verpflichtet sein, wofür sie wiederum Freiheit und Unabhängigkeit benötigt. Die Exekutive sollte folglich Ämter in der Verwaltung nach fachlicher Qualifikation und nicht nach ideolo-

gischer, parteipolitischer Ausrichtung besetzen. Ansonsten leidet die Glaubwürdigkeit und fachliche Kompetenz der Administration. Ferner sollte von der Exekutive nicht missbräuchlich in Verordnungen geregelt werden, was an sich auf Gesetzesebene gehörte. Bei Besetzungen der Judikative sollte in erster Linie die fachliche Qualifikation entscheidend sein und nicht parteipolitische Partikularinteressen. Sonst wird die Qualität und Unabhängigkeit der Rechtsprechung leiden. Nebenbei hat die Corona-Pandemie den bisherigen «Normalbetrieb» in der Wandelhalle ziemlich auf den Kopf gestellt. Sie hat aber auch dazu geführt, dass auf nationaler wie kantonaler Ebene wiederholt praxisferne Entscheidungen gefällt wurden und diese fehlerhaften Entscheidungen mit drei bis vier Monaten Latenz, der Not gehorchend, teilweise korrigiert werden. Vielleicht wäre es wieder an der Zeit, Gemeinwohl und gesunden Menschenverstand höher zu gewichten als das rücksichtslose Verfolgen von Partikularinteressen und parteipolitischen Ideologien von links bis rechts. Das Virus erfordert eine Sachlichkeit, die keinen Maulkorb für die Wissenschaft und die berufliche Erfahrung der an der Front im Gesundheitswesen Berufstätigen trägt.

Dr. med. Carlos Quinto,
Mitglied der Redaktion Synapse